

## **Perspektiven, Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Politik - aus christlich-demokratischer Sicht**

---

*Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf, geboren 1930 in Ludwigshafen/Rhein, ist Professor für Bürgerliches Recht, Handels-, Wirtschafts- und Arbeitsrecht. Er war Rektor der Ruhr-Universität Bochum (1967 bis 1969), Vorsitzender der von der Bundesregierung eingesetzten Mitbestimmungskommission (1968 bis 1970), ordentlicher Geschäftsführer der Henkel GmbH, Düsseldorf (1971 bis 1973). Seit 1973 ist er Generalsekretär der CDU.*

Wie jeder Verband sehen sich auch die Gewerkschaften von Zeit zu Zeit der Frage ausgesetzt, ob und wie sie ihre Aufgaben, ihren Standort neu bestimmen sollen. Dies gilt insbesondere in Perioden raschen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels. Zeiten des Umbruchs erfordern — will man den gesetzten langfristigen Zielen gerecht werden — Anpassung und Flexibilität der Politik der Gewerkschaften, denn die Gewerkschaften wollen nicht nur passiv auf Veränderungen reagieren, sondern diese aktiv gestalten. Ein Verband, der trotz veränderter „Umwelt“ nur an seinen überkommenen Aufgaben festhalten wollte, liefe Gefahr, seinen Einfluß zu verlieren und den Bestand zu gefährden.

Für die Perspektiven, Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Politik sind heute vor allem folgende Entwicklungstendenzen in Wirtschaft und Gesellschaft bedeutsam:

1. Im Rahmen eines gedämpften Wirtschaftswachstums treten wachsende Verteilungsprobleme auf.
2. Der Wandel unserer Gesellschaft zur nachindustriellen Dienstleistungsgesellschaft und die damit zusammenhängenden neuen sozialen Probleme müssen bewältigt werden.
3. Die Legitimation verbandlicher Macht im Rahmen unserer freiheitlich-demokratischen Rechtsordnung wird intensiver als bisher einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.
4. Durch das Mitbestimmungsrecht wird den Gewerkschaften unternehmerische Verantwortung zuwachsen und sie werden mit der Frage konfrontiert, wie sie diese im Interesse der Gesamtgesellschaft wahrnehmen wollen.

Diesen Herausforderungen werden sich die Gewerkschaften stellen müssen, wenn sie zur sachgerechten und erfolgreichen Lösung der Probleme der Arbeitnehmer und damit unserer Gesellschaft beitragen wollen.

I.

Die Diskussion um Grenzen und Verteilungswirkungen der Tarifpolitik ist in den letzten Jahren in Bewegung geraten. Die Strategie des DGB zum Beispiel in der konzertierten Aktion läßt deutlich erkennen, daß die Gewerkschaften in diesem Zusammenhang eine verantwortliche und realistische Haltung auch in Zukunft einnehmen werden. Das gilt auch für die Diskussion um Wachstum, Lebensqualität und die Endlichkeit der Natur als Produktionsfaktor. Die Gewerkschaften haben den allzu idealistischen Wunsch nach einem dauerhaften Nichtwachstum — heute vielfach als Nullwachstum bezeichnet — schon frühzeitig bezweifelt. Auch was Fragen der Qualität des Lebens anbelangt, hat der DGB ganz zu Recht auf den Zusammenhang von Qualität des Wachstums und materiellem Wohlstand verwiesen. Die Indikatoren menschlichen Glücks können offensichtlich nicht unabhängig von ökonomischen und sozialen Grundlagen gesehen werden — zumindest soweit man Zufriedenheit berechenbar machen kann. Das alles zeigt, daß wir auch in Zukunft damit rechnen können, daß sich die Gewerkschaften weitsichtig und realitätsbezogen verhalten werden.

Da Wachstum und Verteilung zusammenhängende, sich überschneidende Problemkreise sind, stellt sich den Gewerkschaften heute die Frage: Sind sozialer Friede, Gerechtigkeit und Sicherheit nur das Nebenprodukt einer Wachstumsperiode oder lassen sie sich auch in einer auf längere Sicht eher qualitativ als quantitativ wachsenden Wirtschaft sichern?

Man kann sicher die Prognose wagen, daß die Verteilungsspielräume, sofern man sie nur in Zuwachsraten mißt, enger werden, weil wir mit den *Wachstumsgrenzen* aus unserer abnehmenden Konkurrenzfähigkeit im internationalen Kostenvergleich; der *Verteuerung natürlicher Rohstoffquellen*, einschließlich der stärkeren Zurechnung sozialer Kosten bei ihrer Gewinnung; der *Sättigung auf manchen Märkten*; den *Beschränkungen*, die aus einer — sei es aus stabilitäts-, Struktur-, umwelt- oder verteilungspolitischen Gründen — *politisch gewollten Disziplinierung des Wachstums* resultieren, rechnen müssen.

Die Verlangsamung und Verstetigung der Wirtschaftsentwicklung hat eine Reihe wirtschafts- und verteilungspolitisch bedeutsamer Folgen:

- der Strukturwandel wird wegen des höheren Zwanges der Anpassung an die sich ändernden Bedingungen schneller erfolgen müssen,
- die Dynamisierung von Leistungen, die auf einer quantitativ stark wachsenden Wirtschaft beruht, führt jetzt zu Substanzverlusten,
- der Zwang zur Rationalisierung nimmt zu,
- die Verteilungsspielräume werden enger,

— die Verteilungskonflikte werden vielgestaltiger, denn sie sind nicht nur Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, sondern auch Konflikte zwischen dem, was wir uns heute oder in Zukunft leisten können und wollen, oder etwa zwischen den Unternehmen einerseits und Staat, Verbrauchern und Forderungen nach einer gesunden Umwelt andererseits.

Der Vorschlag, diese Probleme durch eine rigorose Wachstumspolitik zu lösen, geht schon deshalb an der Realität vorbei, weil einige der genannten Wachstumsgrenzen politisch kaum zu beeinflussen sind oder mittlerweile einen recht hohen Stellenwert erreicht haben, wie zum Beispiel der Umweltschutz. Ein anderer Lösungsvorschlag stößt ebenfalls politisch an Grenzen: die Reduzierung des materiellen Anspruchsniveaus zugunsten immaterieller Werte. Voraussetzung dazu wäre eine allgemeine Sättigung mit materiellen Gütern, die heute und auch in absehbarer Zukunft nicht als erreicht angesehen werden kann.

Ebenfalls nicht sehr weit dürften Versuche führen, durch rigorose Zugriffe auf vorhandene Vermögen die Verteilungsproblematik im Sinne der Gewerkschaften zu verringern. Zum einen ist der Spielraum einer solchen Umverteilung nicht allzu groß — eine entsprechende Strategie wäre allenfalls kurzfristig erfolgreich —, zum anderen würde die Leistungs- und Investitionsmotivierung derart beeinträchtigt, daß die Struktur- und Anpassungsprobleme im Interesse unserer Zukunftssicherung kaum lösbar scheinen. Sinnvoll ist hier alleine die von CDU/CSU angestrebte Vermögensbildungspolitik durch Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen.

Diskutabel scheinen mir dagegen andere Lösungsmöglichkeiten zu sein. So muß zum Beispiel die Wirtschaftspolitik dafür Sorge tragen, daß unsere Wirtschaft flexibel bleibt und keine Kapazitäten an falscher Stelle konserviert, daß Wachstumsbranchen gezielte Unterstützung finden (Innovationsförderung, Technologieexport) und möglichst wenig knappe Ressourcen verschwendet werden. Diese Ziele sind nach allen Erfahrungen in einer marktwirtschaftlichen Ordnung am besten zu erreichen. Daraus leitet sich die Überlegung für eine gewerkschaftliche Politik ab, ob sie durch die Unterstützung einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftspolitik nicht am wirkungsvollsten ihre den Arbeitnehmern dienenden Ziele erreicht und ob sie nicht selbst flankierend und initiierend zur Erreichung der genannten Ziele beitragen sollte.

Da Verteilungsprobleme nicht nur zwischen „Kapital“ und „Arbeit“ bestehen, sondern auch in nichtmonetäre Bereiche sowie vertikal und horizontal in die Arbeitnehmerschaft selbst hineinreichen, kommen auf die Gewerkschaften zusätzliche Aufgaben zu. Sich dem Defizit an Lösungsmöglichkeiten in diesem Bereich zuzuwenden, wird eine ihrer zukunftsreichsten Aufgaben sein.

## II.

Die Gewerkschaften sind aber nicht nur mit einem Wandel der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedingungen konfrontiert, sondern auch mit tief-

greifenden Veränderungen, die die Gesellschaft erfassen. Zahlreiche Sozialwissenschaftler konstatieren für die Gegenwart eine grundlegende Entwicklung unserer Gesellschaft von der industriellen zur „nachindustriellen Gesellschaft“ (*Daniel Bell*). In ihr verlagert sich das Schwergewicht vom sekundären auf den tertiären Sektor, von der Produktion und Verteilung *industrieller Güter* auf die Produktion und Verteilung von *Dienstleistungen*. Der Wandel hat nach einer gewissen zeitlichen Verzögerung auch die Bundesrepublik Deutschland erfaßt. In den kommenden Jahrzehnten wird ein stetig wachsender Anteil der Arbeitsplätze — ab 1985 über die Hälfte — im tertiären, also dem nichtindustriell-warenproduzierenden Sektor unserer Volkswirtschaft zu finden sein.

Für die Gewerkschaften stellen sich damit grundsätzliche Probleme. Gewerkschaften sind mit der beginnenden Industrialisierung entstanden. Auf diese Zeit gehen ihr Aufbau, ihre Organisation, ihre Ideologie zurück; zugeschnitten auf die damalige Lage, die damaligen Probleme, die damaligen Konflikte. Als kollektive Interessenvertretung der ehemals unterprivilegierten Arbeitnehmer waren die Gewerkschaften erfolgreich:

— Die Lage der Arbeitnehmer hat sich nicht nur graduell verbessert; ihre Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft hat sich vielmehr qualitativ verändert. Ein Blick auf die Entwicklung der Einkommen, der Arbeitszeit, der sozialen Sicherheit und der Mitbestimmung zeigt dies deutlich.

— Das Verhalten gerade der deutschen Gewerkschaften hat zu wirtschaftlichem Wachstum, Wohlstand und sozialem Frieden entscheidend beigetragen.

Die Wurzeln der Gewerkschaftsbewegung liegen in einer Zeit, die von der heutigen grundverschieden ist. Heute ist in unserer Gesellschaft niemand mehr nur deshalb arm, weil er Arbeitnehmer ist. Diese sind nicht mehr die Außenstehenden, die ihre Rechte gegen eine Minderheit durchsetzen müßten, sondern sie sind Träger unserer Ordnung. Die Gewerkschaften selbst erlangten in unserer Gesellschaft ein hohes Maß an Macht und Einfluß.

Auf der Grundlage und angesichts dieses Erfolges stehen die Gewerkschaften nun vor der Aufgabe, die Qualität ihres Wirkens, ihrer Rolle und Ziele neu zu überdenken. Das Ziel, für das sie sich am meisten eingesetzt haben, die Integration des Arbeiters in die Gesellschaft, ist erreicht; *John K. Galbraith* und andere knüpfen daran die Frage, ob ihr eigener Erfolg die Gewerkschaften funktionslos gemacht habe ... Ich bin nicht dieser Meinung. Denn erstens haben sich die Gewerkschaften bereits neue, zukunftsorientierte Betätigungsfelder erschlossen oder sind dabei, dieses zu tun. Zweitens spricht vieles dafür, daß die Gewerkschaften erkannt haben, daß sich die Konfliktlinien und Problemlagen des 19. Jahrhunderts nicht konservieren lassen — einer Zeit, in der die Aufgaben der Gewerkschaften und ihre Frontstellung eindeutig waren.

In der nachindustriellen Gesellschaft verändern sich die Voraussetzungen für den gewerkschaftlichen Erfolg. Industrielle Güter waren und sind in relativ

hohem Maße rationalisierbar. Hohe Lohnzuwachsrate konnten zu großen Teilen durch den Produktivitätsfortschritt aufgefangen werden — sie konnten überproportional steigen und in der bestehenden Höhe erkämpft werden, ohne mittelbar hohe Inflationsraten zu provozieren.

Im Unterschied dazu sind Dienstleistungen nur schwer und nur in Grenzen rationalisierbar. In diesem Sektor können Lohnerhöhungen nicht ohne weiteres durch Produktivitätssteigerungen aufgefangen werden. Der Spielraum für Lohnzuwächse ist somit stärker begrenzt als im sekundären Bereich. Ein wesentlicher Erfolgsindikator gewerkschaftlicher Politik verliert demnach relativ an Bedeutung. Hinzu tritt eine zunehmende Differenzierung der Interessen in der Arbeitnehmerschaft selbst, bedingt durch eine spezialisierte Berufsausübung im Rahmen einer komplexer werdenden Arbeitswelt. Auch hier ergeben sich also neue Fragestellungen für die Gewerkschaften.

Die nachindustrielle Gesellschaft wirft für die Gewerkschaften noch ein weiteres wichtiges Problem auf. Nach dem Verständnis und dem Willen vieler soll die sich abzeichnende Dienstleistungsgesellschaft eine staatsdominierte Gesellschaft sein. Auf vielen Gebieten, wie zum Beispiel dem Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und dem sozialen Sektor, könne nur der Staat die notwendigen Dienstleistungen angemessen und gerecht zur Verfügung stellen. Macht man sich diese Auffassung zu eigen, so werden Dienstleistungen nach und nach zu staatlichen Leistungen. Mit dem tertiären Sektor würde damit zwangsläufig der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt wachsen, es fände eine schleichende Verstaatlichung der Gesellschaft statt.

Eine solche Entwicklung wäre nicht sachnotwendig, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen. Die Gewerkschaften stehen deshalb vor der grundsätzlichen Entscheidung: im Gewand einer scheinbaren „Gesetzmäßigkeit“ diesen Tendenzen Vorschub zu leisten, sie gar aktiv voranzutreiben — oder aber dazu beizutragen, auch den Markt der Dienstleistungen, soweit irgend möglich, nach den Prinzipien des Wettbewerbs und der Dezentralisierung zu organisieren. Die Folgen einer schleichenden Verstaatlichung für die Gewerkschaften liegen auf der Hand: Je umfassender und dominierender der staatliche Einfluß auf Wirtschaft und Gesellschaft wird, desto funktionsloser werden letztlich die Gewerkschaften in den Aufgabenfeldern, in denen sie bisher maßgeblich Verantwortung tragen. Deshalb läge es auch im eigenen Interesse der Gewerkschaften, einer freien und nicht einer umfassend staatlich bestimmten Dienstleistungsgesellschaft den Vortritt zu geben.

Schon heute, an der Nahtstelle des Übergangs in eine Dienstleistungsgesellschaft, werden neue gesellschaftspolitische Aufgaben sichtbar, zu deren Lösung auch die Gewerkschaften beitragen könnten und sollten. Die CDU hat diese Aufgaben mit dem Begriff der „Neuen Sozialen Frage“ überschrieben. Die „Neue Soziale Frage“ ist bei manchen Gewerkschaftern kritisch aufgenommen worden. Deshalb gilt es, Mißverständnisse zu beseitigen.

Durch die „Neue Soziale Frage“ werden die bestehenden und zweifellos weiterbestehenden Konflikte zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern weder in irgendeinem Sinne „überholt“ noch als weniger wichtig eingestuft. Angesprochen sind die neuen sozialen Probleme, die „durch das veränderte Verhältnis zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, die unausgewogene Verteilung sozialer Lasten und Leistungen und durch die Entstehung neuer sozial schwacher Gruppen entstanden sind“ (Mannheimer Erklärung).

Die Spannung zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen deutet ebenfalls auf ein Verteilungsproblem hin. Denn starke, organisierte Gruppen verfügen bei der Durchsetzung ihrer jeweiligen speziellen Interessen gegenüber solchen, die nicht in starken Verbänden organisiert sind, über einen erheblichen Vorsprung. Aber nicht jeder kann seine vielfältigen Interessen durch einen jeweils speziellen, starken Verband vertreten lassen. Abgesehen davon, daß dieses zwangsläufig zu Widersprüchen und Gegensätzen führen müßte, sind wesentliche Interessen gar nicht angemessen organisierbar. So etwa die Belange der Verbraucher oder die der Sparer, die ihr Interesse an der Wertbeständigkeit ihres Sparbuches bei Inflation als Gruppe kaum wirkungsvoll zur Geltung bringen können. Eine Gesellschaft, in der sich nur das Recht des Stärkeren durchsetzt, ist jedoch nach unserer Auffassung mit dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit unvereinbar.

Das gilt insbesondere im Hinblick auf neue, im weiteren Sinne sozial schwache Gruppen, die ihre Wünsche und Ziele aus eigener Kraft nicht publikumswirksam geltend machen können. Die Belange der alten Menschen, der Kinder in der Erwachsenenwelt, der nicht mehr Arbeitsfähigen und Behinderten, der gesellschaftlich Isolierten, der vielfach belasteten Mütter usw. finden keine mächtigen Fürsprecher in unserer Gesellschaft. In diesem Zusammenhang gilt es, ein Verständnis des Wortes „sozial“ zu fördern, das sich nicht allein in Zahlung von mehr Geld an die Betroffenen erschöpft, sondern die zwischenmenschliche Solidarität mit umschließt.

Einen Beitrag zur Lösung dieser Problembereiche der „Neuen Sozialen Frage“ zu leisten, liegt auch im Interesse der Gewerkschaften. Nur dann bedeutet ihre Interessenvertretung nämlich mehr und etwas anderes“ als die Durchsetzung organisierter über nichtorganisierbare und nichtorganisierte Interessen.

Aber noch ein anderes Problem ist mit der „Neuen Sozialen Frage“ angesprochen. Es wird nämlich für die Zukunft von immenser Bedeutung sein, ob es uns gelingt, die Leistungsfähigkeit unseres Systems der sozialen Sicherung zu erhalten. Die Kosten für unsere soziale Sicherheit explodieren. Deshalb müssen die Mittel gezielter und wirtschaftlicher eingesetzt werden. Unser Sozialhaushalt, der mit seinen 300 Md. DM rund 30% unseres Bruttosozialproduktes ausmacht, kann nicht mehr wesentlich ausgedehnt werden. Dennoch gibt es eine große Zahl von Bedürftigen und ungelöste soziale Probleme, nimmt die stille Armut in unse-

rem Lande zu. Es kommt also darauf an, im Interesse der Arbeitnehmer — die schließlich die Mittel für die soziale Sicherung in erheblichem Maße aufbringen müssen — und derjenigen, die der Hilfe der Gemeinschaft am meisten bedürfen, zu einer Rationalisierung im Einsatz der vorhandenen Mittel zu gelangen. Das wird ohne die Ideen, Mithilfe und Zustimmung der Gewerkschaften sicherlich nicht möglich sein. Die Gewerkschaften sind aufgerufen, in diesem Bereich verstärkt Mitverantwortung zu übernehmen.

### III.

Sozialer Wandel, veränderte Bedürfnis- und Konfliktlagen der Menschen, neue soziale Probleme werfen heute in besonderer Weise die Frage nach der Legitimität gesellschaftlicher Macht auf. Auch die Gewerkschaften können sich ebensowenig wie andere Verbände dem Legitimationsdruck entziehen. Jede Macht, gleich auf welcher Grundlage sie beruht, bedarf der Rechtfertigung. Das gilt für die politische Herrschaft im Staate, die ihre Rechtfertigung in den Prinzipien des demokratischen und sozialen Rechtsstaates findet. Das gilt auch für die wirtschaftliche Macht, die im Rahmen der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft durch ihre Leistungen für die Gesellschaft legitimiert wird. In den letzten Jahren ist uns wieder verstärkt bewußt geworden, daß diese Prinzipien „jenseits von Angebot und Nachfrage“ (*Röpke*) begründet liegen, daß also unser Engagement nicht primär einer überlegenen ökonomischen Zweckmäßigkeit, sondern einer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung gilt.

Wer die Legitimitätsfrage an andere richtet, kann ihr selbst nicht ausweichen. Dies gilt auch für die Gewerkschaften. Sie vertreten schließlich nicht nur die Interessen ihrer Mitglieder, sie erfüllen auch eine öffentliche Aufgabe. Ihre Existenz, ihr Status und ihre Funktion sind Konsequenz des allgemeinen Prinzips, daß öffentliche, allgemeinwohlrelevante Aufgaben in einer Gesellschaft nicht vom Staat allein und in eigener Regie, sondern ebenfalls von unabhängigen, autonomen Trägern erfüllt werden können und müssen. Verbände und Gewerkschaften nehmen Aufgaben wahr, deren Erfüllung im öffentlichen Interesse liegt. Aufgaben, die der Staat in eigener Regie nur wahrnehmen könnte

- um den Preis einer Verminderung der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft,
- um den Preis einer stärkeren Zentralisierung und damit der Verminderung der Freiheitlichkeit der Gesellschaft.

Die Autonomie der Unternehmen ist wie die Autonomie der Verbände eine Konsequenz demokratischer Zielvorstellungen. Damit Unternehmen wie Verbände mit ihren eigenen zugleich auch öffentliche Ziele verwirklichen, müssen sie sich jedoch im Rahmen einer Ordnung bewegen, welche die jeweiligen eigenen Ziele den allgemeinen zuordnet. Diese Ordnung zu erhalten und zu garantieren, ist Aufgabe des Staates. Die demokratische Legitimation wirtschaftlicher und verbandlicher Macht ist nur im Rahmen einer Ordnung denkbar, die den wirtschaftlichen und verbandlichen Interessen vorgelagert ist: Verbände können sich ebenso-

wenig wie Unternehmen aus sich selbst heraus, durch Rückgriff auf die jeweiligen Teilinteressen oder auf das eigene Selbstverständnis legitimieren.

Verbände und gesellschaftliche Organisationen dienen der Verwirklichung des einzelnen und machen eine große pluralistische Industriegesellschaft überhaupt erst handlungsfähig. Die Regierbarkeit der modernen Gesellschaft setzt leistungsfähige Verbände voraus. Ohne sie ist die Kraft zur Integration und zum Zusammenhalt, die Staat und Gesellschaft in Zukunft aufbringen müssen, nicht zu erlangen. Aber gerade deshalb ist jede gesellschaftliche Organisation, auch wenn sie autonom ist, verpflichtet, nicht nur ihren eigenen Interessen zu dienen, sondern bei ihrer Interessenverwirklichung das Allgemeinwohl zu berücksichtigen. In der Mannheimer Erklärung haben wir dies als Sozialbindung, als Sozialpflichtigkeit der Verbände bezeichnet. Sie wird verwirklicht durch die Sicherung des Gleichgewichts unter den verschiedenen Verbandsorganisationen, durch das öffentliche Bewußtsein in Fragen der Gemeinwohlbindung und die genauere Definition der Rolle des Staates bei der Lösung von gesellschaftlichen Konflikten.

Die Frage nach der Legitimität des Wirkens der Verbände nach außen ist nicht von den inneren Willensbildungsprozessen in den Verbänden zu trennen. Nur die innerverbandliche Demokratie setzt die Mitglieder einer Organisation in den Stand, die Vielfalt ihrer Interessen zu artikulieren, sich gegen die übersteigerte Durchsetzung partieller Interessen im Verband selbst zu wehren.

Durch die Stärkung der Stellung des einzelnen im Verband wird gleichzeitig dessen Pluralität erhöht. Die demokratische Struktur des Verbandes ist vom ordnungspolitischen Ansatz her eine der wirksamsten Formen der Einbindung des Verbandes in das Allgemeinwohl. Jeder Versuch, die Interessenpluralität in den Verbänden zu unterdrücken oder abzubauen, ist ein Indiz dafür, daß dieser Selbstkontrollprozeß nicht funktioniert. Umgekehrt ist jede Stärkung des demokratischen Willensbildungsprozesses eine Stärkung auch dieser Selbstkontrolle und damit der demokratischen Qualität unserer Gesellschaft.

#### IV.

Die Frage nach der Legitimität und Form der Ausübung von Macht wird um so intensiver gestellt und diskutiert werden, je mehr Macht einer Gruppe oder einem Verband zuwächst. Einen solchen Machtzuwachs werden die Gewerkschaften durch die bevorstehende Mitbestimmungsgesetzregelung erfahren. *Oskar Vetter* hat 1975 festgestellt, daß bei Übertragung des Montan-Modells auf die jetzt vom Mitbestimmungsgesetz erfaßten Betriebe 85 % der Produktion von den Gewerkschaften kontrolliert würden. Doch auch ohne die Übernahme des Montan-Modells sind die Gewerkschaften eindeutig in eine unternehmerische Verantwortung hineingewachsen. Diese zusätzliche Verantwortung wird auf das Selbstverständnis und die Politik der Gewerkschaften Auswirkungen haben:

1. Die Gewerkschaften werden diejenigen Gründe, welche sie zur Begründung ihrer Mitbestimmungsforderung anführten, auch zur Richtschnur ihres



Handeln machen müssen: Partnerschaft und Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, Mitbestimmung als ein Stück Selbstverwaltung, Verteilung der Macht auf viele Schultern. Durch die Mitbestimmung wird ein Akt der Integration, der Kooperation und des Ausgleichs vollzogen, der ein entsprechendes partnerschaftliches Verhalten der Gewerkschaften voraussetzt.

2. Die Mitbestimmung wird auch als ein Stück Gemeinwohlrealisierung angesehen; denn die Gewerkschaften streben mit der Mitbestimmung nicht nur unternehmensbezogene Ziele an, sondern auch gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitische. Entsprechend hoch sind die Erwartungen an das Maß der Gemeinwohlbindung ihrer Politik. Gewerkschaften sind jetzt mehr als eine Arbeitnehmervertretung in der jeweiligen Branche und im alten Sinne. Sie können das Teilinteresse ihrer Mitglieder, ja sogar alle Arbeitnehmer, nicht mehr einfach gegenüber nur einem Gegenspieler parteiisch vertreten, sondern kommen in die Rolle desjenigen, der gesamtverantwortlich handeln muß. Die Gewerkschaften verändern sich mit anderen Worten vom sozialpolitischen Kontrahenten zum wirtschaftspolitischen Mitgestalter.

3. Damit werden viele Konflikte, die bislang zwischen Kapital und Arbeit ausgetragen wurden, in die Gewerkschaften selbst verlagert. Die Konflikte zwischen Lohnpolitik und Beschäftigungspolitik, zwischen Rationalisierung und Bestandsschutz, zwischen Leistungssteigerung des Unternehmens und Entlastung seiner Mitarbeiter, zwischen einzelnen Regionen, Branchen und Konkurrenten können nunmehr die Gewerkschaften ebenso zentrifugalen Kräften aussetzen, wie man sie aus dem unternehmerischen Bereich kennt. Das zeigt ein Beispiel: Handeln die Gewerkschaftsvertreter im Interesse der Arbeitnehmer, sind sie mit ihnen solidarisch, wenn sie dafür eintreten, die Belastungen einer Branchenkrise zu sozialisieren, d. h. auf die Schultern aller Arbeitnehmer zu verteilen, oder handeln sie solidarisch, wenn sie dafür eintreten, einzelne Betriebe, die sich am Markt nicht mehr halten können, aufzugeben? Die Mitbestimmung hat den Gewerkschaften also neue Möglichkeiten zur Verwirklichung ihrer Ziele geschaffen, aber auch Möglichkeiten zu neuen, noch zu bewältigenden Konflikten eröffnet.

4. Es ist nicht zu verkennen und es ist anzunehmen, daß die Gewerkschaften in ihrer Mitbestimmungsargumentation keine falschen Versprechungen abgeben und keine falschen Vorstellungen geweckt haben. Sie streben mehr Macht um mehr sozialer Verantwortung willen an. Dieses Machtstreben ist also instrumentell zu verstehen. Hinter den bedeutenden Ansprüchen der Gewerkschaften stehen ihre humanitären Ziele, aber auch die Fähigkeit und Bereitschaft zur Kontrolle und Kritik. Mit dem Einzug in die Vorstandsetagen wird der Blick sich vom Machterwerb hin zur konkreten Machtausübung wenden. Dieser Blick ist bei den Arbeitnehmern voll Erwartung auf das gerichtet, was sich nun verbessern wird, und bei den Politikern voll Aufmerksamkeit darauf, ob das Gesetz hält, was man sich von ihm verspricht.